
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Von Anfang an gut versorgt – für eine gute Geburtshilfe

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Frauen in Berlin sollen gut und sicher entbinden können. Das »Berliner Aktionsprogramm für eine gute und sichere Geburt« soll dazu beitragen, die Ressourcen für eine gute Geburtshilfe, ob in den Kreißsälen der Kliniken, in den Geburtshäusern oder bei Hausgeburten, bedarfsgerecht zu sichern.

Mit dem Runden Tisch Geburtshilfe ist ein Instrument geschaffen worden, mit dem Probleme identifiziert und Handlungsoptionen aufgezeigt werden können. Im Dezember 2018 legt der Runde Tisch die Evaluation der im Aktionsprogramm beschlossenen Maßnahmen vor:

In diesem Rahmen fordern wir den Senat ergänzend dazu auf:

1. Eine statistische Erhebung zur landesweiten Versorgung mit Hebammen und Entbindungspflegern in ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern durchzuführen, um den tatsächlichen Bedarf und die tatsächliche Inanspruchnahme besser zu dokumentieren.
2. Die Erfahrungen der Schwangeren rund um die Geburt z.B. in Anbindung an die dritte Vorsorgeuntersuchung (U3), die in der Regel zwischen der 3. und 8. Woche nach der Geburt stattfindet, abzufragen, um so mögliche Defizite oder Verbesserungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Schwangerenvorsorge, der Geburtsvorbereitung und -begleitung, der 1:1-Betreuung, der Wochenbettbetreuung und der Stillberatung besser zu erkennen.
3. Die Kapazitäten der Kreißsäle im Sinne des Aktionsprogramms bedarfsgerecht vorzuhalten und die Angebote von hebammengeleiteten Kreißsälen und Geburtshäusern bekannter zu machen und bei Bedarf auszubauen.

4. Zu prüfen, ob nach Einführung des digitalen Bettennachweissystems IVENA, das in Echtzeit einen Überblick auch über die zur Verfügung stehenden geburtshilflichen Versorgungsressourcen liefern soll, die Daten auch im Rahmen von Open Data transparent zur Verfügung gestellt werden können.
5. Sicherzustellen, dass eine digitale Plattform zur Hebammenvermittlung geschaffen wird, über die Schwangere eine Hebamme ihrer Wahl zeit- und wohnortnah auswählen und kontaktieren können.
6. Hebammen und Pflegediensten zu ermöglichen, sogenannte Handwerker-Parkausweise zu erhalten, die in Zukunft dann Service-Parkausweise heißen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Dezember dieses Jahres über die Ergebnisse des Antrags zu berichten.

Begründung:

Immer mehr Menschen zieht es nach Berlin, infolgedessen werden auch immer mehr Menschen in unserer Stadt geboren.

Damit steigen auch die Anforderungen an eine gute und verlässliche Geburtshilfe.

Unabhängig vom ausreichenden Angebot an Vorwehen- und Kreißaalplätzen in unseren 19 Geburtskliniken ist es in der Vergangenheit zu zeitweisen Engpässen in einzelnen Kreißsälen gekommen. Hochschwängere mussten in andere Kliniken weitergeleitet werden.

Um die geburtshilfliche Versorgung vor allem auch im Hinblick auf die Hebammenbetreuung zu verbessern, hat der Senat bereits ein Aktionsprogramm vorgelegt und zudem 20 Millionen Euro für den Ausbau von Kreißsälen bereitgestellt.

Mit diesem Antrag sollen zusätzliche Aspekte in den Maßnahmenkatalog des Senats eingebracht werden.

Zum einen soll den Frauen die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse in die politische Debatte um mögliche Verbesserungen rund um die Geburt einzubringen, zum anderen eröffnen sie dem Senat die Möglichkeit, der Entwicklung in der Geburtshilfe und den Bedürfnissen der Schwangeren zukünftig durch eine Evaluation der erhobenen Daten zeitnah gerecht zu werden.

Letztlich beklagen Schwangere immer wieder, dass die Suche nach einer verfügbaren Hebamme extrem aufwändig und nicht selten auch vergeblich ist.

Eine zu schaffende Internet-Plattform muss den Zweck haben, den betroffenen Frauen die Suche zu erleichtern und den Kontakt zu der Hebamme ihrer Wahl aktiv aufnehmen zu können.

Berlin, d. 28. Juni 2018

Saleh Isenberg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Dr. Albers
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Pieroth-Manelli
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen